Amts- und Anzeigeblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

Abonnement viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl." u. der Humor. Beilage „Seifenblasen" in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Theile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

49. Jahrgang.

№ 42. Donnerstag, den 10. April **1902.**

Pflichtfeuerwehr betreffend.

Hiermit wird darauf hingewiesen, daß

bis zum 30. September 1902

bei Bränden ꝛc. noch die **Abtheilung „B"** der Pflichtfeuerwehr in Thätigkeit zu treten hat.

Zur Abtheilung **„B"** gehören diejenigen Mannschaften, deren Familiennamen mit den Buchstaben **N** bis **Z** anfangen.

Eibenstock, den 9. April 1902.

Der Rath der Stadt.

Hesse. Müller.

4. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums

Freitag, den 11. April 1902, Abends 8 Uhr

im Sitzungssaale des Rathhauses.

Eibenstock, den 9. April 1902.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

G. Diersch.

Tagesordnung.

1) Veränderte Festsetzung des durchschnittlichen Schulgeldsatzes.
2) Erhöhung des Wasserpreises.
3) Beschaffung einer Sprengvorrichtung für den Schulgarten.
4) Verordnung, die Anstellung eines Bausachverständigen betreffend.
5) Veränderte Festsetzung des Fluchtlinienplanes für die Lohgasse und Beschlußfassung wegen Ankaufs eines Arealstreifens zu vorgenannter Straße von dem Grundstücke des Herrn Baumeister Ott.
6) Erlaß von Vorschriften zur Regelung des Schlafstellenwesens.
7) Einrichtung besonderen Fortbildungsschulunterrichts für Bäcker-, Musiker- ꝛc. Lehrlinge betreffend.
8) Verwilligung einiger Vergütungen für zu Straßenzwecken erworbenes Areal.
9) Abänderung des Entwurfes des Ortsgesetzes über die Herstellung der Fußwege.
10) Kenntnißnahme
    a. von dem Rathsbeschlusse in der Selekten-Angelegenheit,
    b. von der Abrechnung über Ausgrabung eines Wasserleitungstheiles am Stern,
    c. von der Verordnung bezügl. Aufnahme einer Anleihe.

Holz-Versteigerung auf Carlsfelder Staatsforstrevier.

Im Gasthofe „zum grünen Baum" in Carlsfeld sollen

Montag, den 21. April 1902, von Vorm. ½10 Uhr an

1455	Stück	fichtene	**Stämme**	von	10—40 cm Stärke,
9816	„	„	**Klötzer**	„	7—15 „ „
6503	„	„	„	„	16—52 „ „
26	rm	„	**Nutzknüppel,**		
523	„	„	**Brennhölzer**		

gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Die unterzeichnete Revierverwaltung ertheilt über obige Hölzer nähere Auskunft.

Carlsfeld und Eibenstock, am 7. April 1902.

Königl. Forstrevierverwaltung. **Königl. Forstrentamt.**

Gehre. **Gerlach.**

Die Reise des Grafen Posadowsky

nach Dresden, München, Stuttgart und Karlsruhe hat der Zeitungsberichterstattung eine harte Nuß zu knacken gegeben. „Nichts Gewisses weiß man nicht," das ist ja schon richtig, aber den Lesern gegenüber will das manches Blatt nicht gern zugestehen und daraus entsteht dann der Kultus der Lüge in allen Graden. Mancher Berichterstatter erzählt, was seine Leser gerne lesen; er schmeichelt ihren Wünschen ohne Rücksicht darauf, daß später die Sache sich doch vielleicht ganz anders darstellt.

Dem interessirten Leser ist nur durch Wahrheit gedient und als solche kann heute unantastbar festgestellt werden, daß die Reichsregierung bei den landwirthschaftlichen Zöllen an ihrem Entwurf festhält und daß sie nicht geneigt ist, den ganzen Tarifentwurf zurückzuziehen oder ihn unter dem Hader zwischen Rechts und Links begraben zu lassen. Sie wünscht vielmehr eine möglichst beschleunigte Erledigung desselben und giebt sich der Hoffnung hin, daß es ihr gelingen werde, auch die Opposition der Linken zu bewältigen und in die Bahnen des Entwurfes zu lenken; anderseits ist die Ueberzeugung in den Kreisen der Regierung augenscheinlich eine sehr feste, daß ihr Entwurf geeignet sei, Handelsverträge, bei denen auch die Industrie nicht zu kurz kommen solle, zu schließen. Daß eine solche Ueberzeugung anders als auf Grund gewisser Vorverhandlungen oder Besprechungen mit den Vertragsstaaten gewonnen werden könne, erscheint allerdings nicht gut denkbar. Eben diese Auseinandersetzungen unserer Diplomatie mit den fremden Ländern, die Art ihrer Verbindlichkeit für Deutschland und der Einfluß, den sie auf die Berathungen der Tarifpositionen ausüben müssen, bilden die schwere Aufgabe, deren Lösung der Volksvertretung überlassen ist.

Wenn seiner Zeit Graf Posadowsky in der Zollkommission die beschleunigte Annahme der einzelnen Zollsätze empfahl, so ging er dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß eine längere Debatte über Positionen, deren Höhe in letzter Linie durch Verträge mit den anderen Staaten, nicht aber durch einseitige Wünsche der Parteien bestimmt würde, nutzlos und zeitvergeudend sei. Diese drängende Eile der Regierung läßt erkennen, daß sie sich der Vorbereitungen für den Abschluß von Verträgen mit dem Auslande recht sicher glaubt und alles beseitigt sehen möchte, was die Berathung unergiebig macht und endlos ausdehnt. Man zieht gewissermaßen eine ideelle Scheidewand zwischen denjenigen Sätzen des Tarifes, auf deren Festlegung die Volksvertretung ein gutes Anrecht habe (Minimalsätze), und solchen, deren Höhe in die Hand der Diplomatie gelegt werden müsse.

Wenn in der letzten Zeit die Frage der Gewährung von Diäten im Zusammenhange mit der bevorstehenden Berathung des Zolltarifentwurfes so besonders in den Vordergrund getreten ist, so ist dieser Zusammenhang in einzelnen Preßorganen so gedeutet worden, als wolle die Regierung durch die Gewährung von Tagegeldern das schwerste Hinderniß beseitigen, das der Durchbringung des Entwurfes entgegensteht, nämlich die permanente Beschlußunfähigkeit des Reichstages. Man hat bei diesem Anlaß die Frage aufgeworfen, ob es richtig und vom Standpunkte der parlamentarischen Moral zu billigen ist, wenn die Regierung eine so wichtige Angelegenheit, wie es die Gewährung von Diäten an die Abgeordneten des Reichstages ist, unter dem Einfluß des Wunsches entscheidet, dem Zolltarifentwurf ein möglichst sicheres Geleit durch den Reichstag zu gewährleisten. Man hat sich daran gestoßen, daß eine grundsätzliche Frage für den Gebrauch eines besonderen Falles zugeschnitten und entschieden werden solle. Indessen ist die Annahme, als bestände auf Seiten der Regierung eine so große Neigung für Diäten, daß deren Gewährung bereits als sehr wahrscheinlich angesehen werden könne, nicht zutreffend. Man hat aus der Bereitwilligkeit, die Zolltarifkommission für ihre über die Dauer der Reichstagssitzungen hinausgehenden Arbeiten mit einer Pauschalsumme zu entschädigen, den unrichtigen Schluß gezogen, als sei damit die Geneigtheit der Regierung, auch den Abgeordneten des Reichstages Diäten zu gewähren, bereits erwiesen oder nothwendig zu folgern. Eine solche Auffassung ist durchaus unbegründet. Daß den Gliedern einer Kommission für den Aufwand eine Entschädigung zufällt, den sie infolge einer außergewöhnlichen, über die Dauer der Sitzungen des Reichstages hinausgehenden Arbeit zu machen genöthigt sind, kann in keinem Falle ein Präjudiz für die Lösung der Diätenfrage des Reichstages sein, um so weniger als Entschädigungen von Kommissionsmitgliedern in der Geschichte unseres Parlamentes schon früher vorgekommen und — es sei nur an die Vorbereitung der Reichsjustizgesetze erinnert —, ohne daß daraus ein verallgemeinernder Schluß gezogen worden ist.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Während die Socialdemokratie sich Mühe giebt, die Legende von dem „Bischen Socialreform" weiterzuverbreiten, zieht die Arbeiterversicherung Deutschlands immer weitere Kreise und erstreckt ihre Segnungen auf eine immer größere Zahl von Personen. Nach den neuesten Zahlen, welche über die auf Grund der Unfall- sowie der Invaliditäts- und Altersversicherung Renten oder sonstige Entschädigungen beziehenden Personen veröffentlicht sind, darf angenommen werden, daß diese Versicherungsrentner sich im Jahre 1902 auf rund 1½ Millionen belaufen werden. Auf Grund der Unfallversicherung erhielten im Jahre 1901 nach den Zusammenstellungen, die vom Reichsversicherungsamte vorgenommen worden sind, 768 255 Personen Entschädigungen, wovon 729 259 auf die eigentlichen Rentner entfielen. Die Zahl der am 1. Januar 1902 laufenden Invaliden-, Alters- und Krankenrenten bezifferte sich auf 675 095, so daß, wenn man auch nur die eigentlichen Rentner in Betracht zieht, deren Zahl bereits für 1901 die Höhe von 1,4 Millionen überschritten hatte. Die Steigerungen, welche sich in den verflossenen Jahren gezeigt haben, sind so groß gewesen, daß eine Erhöhung auf 1,5 Millionen im laufenden Jahre als wahrscheinlich angenommen werden kann. In Deutschland werden also im Jahre 1902 nicht weniger wie 1½ Millionen Personen, ganz abgesehen von denen, welche Krankenunterstützungen erhalten, Renten auf Grund der staatlichen Versicherung beziehen. Es giebt kein zweites Land der Erde, welches eine derartige Fürsorge für die Arbeiter aufzuweisen hat, daß nahezu 3 Prozent der gesammten Bevölkerung Versicherungsrentner sind.

— Generalfeldmarschall Graf Waldersee vollendete am Dienstag sein siebzigstes Lebensjahr.

— Die Sozialdemokratie rüstet auf die Maifeier. Da hat sich denn, wie man dem „Hann. Cour." schreibt, in Hamburg eine eigenartige Differenz zwischen sozialdemokratischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ergeben. Das Hamburger sozialdemokratische Organ „Echo" wird nämlich von besondern sozialdemokratischen Kolporteuren ausgetragen, da die Hamburger Zeitungskolporteure es wegen des geringen Verdienstes seit dem Anfang dieses Jahres abgelehnt haben, das „Echo" zu besorgen. Die Organisation der „Echo"-Kolporteure hat jetzt beschlossen, am 1. Mai gleichfalls für den Achtstundentag zu demonstriren und das „Echo" an diesem Tage nicht zu bestellen, vielmehr die Nummer des 1. Mai erst am 2. Mai an die Kundschaft auszutragen. Der Verlag des „Echo" hat aber ein dahin gehendes Gesuch rundweg abgeschlagen, was um so erklärlicher ist, als die am 1. Mai erscheinende Nummer eine besondere Festnummer sein soll. Die Kolporteure appellirten nunmehr an die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine, indem sie darauf hinwiesen, daß das ganze übrige Personal des „Echo" am 1. Mai feiere. Aber auch die Vorstände der Vereine wollen am 1. Mai ihr „Echo" nicht missen und schlugen das Verlangen der Kolporteure ab. Jetzt erklären diese, daß sie trotzdem bei ihrer „gerechten und billigen" Forderung beharren würden. Demgegenüber darf man gespannt sein, ob der Verlag des „Echo" Maßregelungen eintreten lassen wird. Offenbar befindet sich der Verlag jetzt in einem bösen Dilemma. Denn Maßregelungen von Seiten der Arbeitgeber wegen Theilnahme an der Maifeier bildeten bisher regelmäßig den Gegenstand der schärfsten Mißbilligung in den Kreisen der Sozialdemokratie. Hier zeigt sich für die Sozialdemokratie wieder einmal auf das deutlichste der Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Sobald die Sozialdemokratie in die Reihen der Arbeitgeber tritt, stellen sich ihr dieselben Schwierigkeiten gegenüber wie den übrigen Arbeitgebern, und sie muß dann auch zu denselben Mitteln greifen, welche sie bei andern Arbeitgebern so scharf mißbilligt.

— Oesterreich-Ungarn. Aus Oesterreich-Ungarn sind über 50 000 Pferde für englische Rechnung nach Südafrika verschickt worden.

— Rußland. Gegen den Moskauer Oberpolizeimeister Trepow wurde am Sonntag ein Attentat versucht. Bei der Ausfahrt Trepows sprang in einer der Hauptstraßen Moskaus ein Mann (wie verlautet, ein weggewiesener Student) auf das Trittbrett des Wagens und versuchte, Trepow mit einem scharfgeschliffenen Dolch niederzustechen. Er verwundete statt dessen den neben ihm sitzenden Polizei-Offizier. Der Thäter wurde verhaftet. Er sagte aus, der Tod Trepows sei aus politischen Gründen beabsichtigt. Man befürchtet eine weitverzweigte Verschwörung gegen das Leben Trepows. Der Presse ist jede Veröffentlichung des Vorfalles untersagt. In Moskau finden zahlreiche Verhaftungen statt.

— Südafrika. Lord Kitchener telegraphirt aus Pretoria vom 6. April: Der Burenkommandant Kruitzinger ist freigesprochen worden und wird als gewöhnlicher Kriegsgefangener behandelt.

— Die Londoner Blätter haben die Freisprechung des ebenso tapferen wie großmüthigen Burengenerals Kruitzinger mit Freude aufgenommen und der Genugthuung Ausdruck gegeben, daß der Ruf eines der tapfersten Feinde, dessen Muth und Gewandtheit so viel Bewunderung errangen, sich als fleckenlos erwiesen habe. — Kruitzinger wäre ohne die vom General Delarey veranlaßte Freigebung des gefangenen Generalleutnants Lord Methuen vielleicht ebenso wie Lotter und Scheepers von den englischen Richtern für schuldig erklärt und zum Tode verurtheilt worden. Für die beiden letzteren ist Methuens Gefangennahme leider zu spät erfolgt. Strafwürdige Thaten, die nicht durch die Kriegsverhältnisse zu rechtfertigen waren, haben sie, soweit hier bekannt geworden, ebenso wenig begangen wie Kruitzinger. Würdiger für die englische Heeresleitung wäre es nun gewesen, wenn die Engländer den General Kruitzinger ganz frei gegeben hätten und wenn sie dies, mit Rücksicht darauf, daß er ein sehr gefährlicher Gegner ist, auch nur mit der ihm auferlegten Verpflichtung gethan hätten, während dieses Krieges nicht mehr gegen England zu kämpfen. Kruitzingers Name war vor dem Feldzuge und während seines ersten Jahres noch ganz unbekannt. Erst im Dezember 1900, als die Engländer meinten, der Widerstand der

SLUB
Wir führen Wissen.